

Partnership for Diversity Conference 29.-30. Juni 2006, Insel Skye/  
Schottland

„Umsetzung von Sprachengesetzgebung“

## **Resolution der Teilnehmer des Partnership for Diversity Forums**

### **In Erwägung,**

dass die EU sich auf Demokratie, Würde, Gleichheit, Menschenrechte, für jedermann zugängliche öffentliche Dienste, Respekt und Toleranz gegenüber kultureller und sprachlicher Vielfalt stützt;

### **Feststellend,**

dass die B-Linie für Regional- oder Minderheitensprachen 1998 widerrufen worden ist;

dass die EU um 10 neue Mitgliedstaaten vergrößert worden ist, in denen eine beträchtliche Zahl von Gemeinschaften mit Regional- oder Minderheitensprachen lebt;

dass in Rumänien und Bulgarien, die sehr wahrscheinlich neue Mitgliedstaaten werden, eine beträchtliche Zahl von Gemeinschaften mit Regional- oder Minderheitensprachen lebt;

dass die neuen EU-Mitgliedstaaten, in denen Gemeinschaften mit Regional- oder Minderheitensprachen leben, als Bedingung für den Beitritt die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen unterzeichnen und ratifizieren müssen;

dass alle Sprachgruppen gleiche Rechte und einen fairen Zugang zu allen in Betracht kommenden EU Programmen haben sollten;

dass Gemeinschaften der Regional- oder Minderheitensprachen besondere Bedürfnisse haben, denen im Interesse von Demokratie und sinnhaften Bürgerrechten entsprochen werden muss;

dass es über 50 Gemeinschaften mit Regional- oder Minderheitensprachen gibt mit 40 Millionen Menschen, die über 45 Regional- oder Minderheitensprachen sprechen (also mehr als 10 Prozent der EU Bevölkerung);

### **Hinweisend**

auf den Bericht und die Empfehlung des Europäischen Parlaments zur Mehrsprachigkeit von September 2003;

**Hinweisend auf und übereinstimmend mit,**

der Haupt-Resolution Nr. 1/2006 der Generalversammlung der FUEN/FUEV in Bautzen (Deutschland) im Mai 2006;

**Fordern wir von den nationalen Regierungen in Europa,**

dass sie alle gesetzlichen und ausführenden Maßnahmen, die für den Schutz und die Förderung von weniger verbreiteten Regional- oder Minderheitensprachen notwendig sind, fortsetzen und verstärken;

**Fordern wir von der Europäischen Kommission**

die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Unterstützung der Regional- oder Minderheitensprachen, die Verstärkung der Stellung der Regional- oder Minderheitensprachen durch ausdrückliche Erwähnung des Wunsches der Einbeziehung von Regional- oder Minderheitensprachen in EU-Programmen;

die Stärkung der Position von Regional- oder Minderheitensprachen durch eine mehrjährige Förderung des Mercator-Netzwerks und gleichermaßen des EBLUL-Netzwerks;

die Stärkung der Position von Regional- oder Minderheitensprachen durch Förderung der nationalen Komitees des EBLUL-Netzwerks (gegenwärtig 19 Staaten vertretend, mit zwei weiteren Ländern, die den Beitritt zum Netzwerk beantragen werden);

die Festlegung eines Budgets für den Schutz und die Förderung von weniger verbreiteten Sprachen in den EU-Programmen, wie zum Beispiel dem „Programm für Integriertes Lebenslanges Lernen 2007-2013“, sowie kulturellen und anderen in Betracht kommenden EU-Programmen.